

24 Seiten  
54 Seiten /

**Ausschuß für Innere Verwaltung**

**Protokoll**

15. Sitzung (nicht öffentlich)

10. Oktober 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.50 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Reinhard (Gelsenkirchen) (SPD)

Stenographin: Niemeyer

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Aktuelle Viertelstunde**

**a) Einsatzleiter als LKA-Vize?**

(Bitte des Abgeordneten Frechen [SPD] um Berichterstattung)

(Siehe Anlage 1)

1

Staatssekretär Riotte (Innenministerium) geht auf die in dem Zeitungsartikel und in der heutigen Sitzung angeführten Kritikpunkte ein.

**b) Übergriffe auf Einrichtungen für Ausländer**

4

Im Anschluß an eine kurze Sachdiskussion wird von seiten der CDU-Fraktion gebeten, das Thema in die Tagesordnung für die nächste Sitzung aufzunehmen. An den Innenminister geht der

Wunsch, den Abgeordneten vorher einen ausführlichen Bericht zuzuleiten.

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992 (Haushaltsgesetz 1992)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/2450

Einzelplan 03 - Innenministerium

6

Im einzelnen diskutiert wird über folgende Kapitel und Titel:

<b>Kap. 03 010</b>	- <b>Ministerium</b>	
<b>Tit. 427 10</b>	- <b>Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige</b>	6
<b>Tit. 526 00</b>	- <b>Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten</b>	7
<b>Titelgruppe 79</b>	- <b>Hilfen des Landes für Rechtspflege und Verwaltung der neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland</b>	
<b>Tit. 429 79</b>	- <b>Nicht aufteilbare Personalausgaben</b>	7
<b>Kap. 03 020</b>	- <b>Allgemeine Bewilligungen</b>	
<b>Tit. 513 60</b>	- <b>Fernmeldegebühren</b>	7
<b>Tit. 881 70</b>	- <b>Nutzbarmachung vorhandener Schutzbauwerke sowie Erwerb von Grundvermögen für diesen Zweck</b>	7

Seite

<b>Kap. 03 110</b>	- <b>Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen</b>	
<b>Tit. 422 10</b>	- <b>Bezüge der Beamten (und Richter)</b>	
	und	
<b>Titelgruppe 60</b>	- <b>Informations- und Kommunikationstechnik</b>	8
<b>Tit. 717 10</b>	- <b>Bauliche Erweiterung des Landeskriminalamtes NRW - weitere Vorarbeitskosten</b>	9
	<b>Baumaßnahmen für die Bereitschaftspolizei allgemein</b>	10
<b>Tit. 782 00</b>	- <b>Umbau und Erweiterung des Dienstgebäudes für die Kreispolizeibehörde Siegburg - weitere Vorarbeitskosten</b>	11
<b>Tit. 813 20</b>	- <b>Erwerb von sonstigen Geräten für die Polizei</b>	11
<b>Kap. 03 130</b>	- <b>Polizei-Führungsakademie Münster</b>	11

### 3 Neuorganisation der Kreispolizeibehörden

Vorlage 11/563 12

Von seiten des Innenministeriums wird das neue Modell vorgestellt. Im Rahmen der Diskussion angesprochen wird von den Fraktionen die Frage der Durchführung eines Hearings, allerdings dann zu dem Gesamtkomplex "Polizei".

Seite

**4 Entwicklungen im Bereich der Organisierten Kriminalität  
(s. Anlage 2)**

17

Der Staatssekretär im Innenministerium gibt mündlich einen Bericht und sagt schriftliche Ausführungen zu.

**5 Informationsreise einer Kommission des Ausschusses nach Makedonien zum Thema "Reintegrationsprogramm der Landesregierung"**

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN

19

Der Ausschuß einigt sich darauf, das Thema in der nächsten Sitzung wieder aufzugreifen.

**6 Abschiebestopp gegenüber türkischen Asylbewerbern kurdischer Volkszugehörigkeit**Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN  
(s. Anlage 3)

20

Der Ausschuß lehnt den Antrag - in Abwesenheit der GRÜNEN - einstimmig wegen formaler Unzulässigkeit und wegen Unzuständigkeit des Landes Nordrhein-Westfalen für eine solche Entscheidung ab.

**7 Forderungen nach einer realistischen und konsequenten Asylpolitik**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 11/2345

21

Der Ausschuß verzichtet angesichts des in Bonn stattfindenden Spitzengesprächs über dieses Thema auf eine Diskussion.

-----



**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992  
(Haushaltsgesetz 1992)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/2450

Einzelplan 03 - Innenministerium

**Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU)** bezieht sich auf **Seite 9 - Personalsoll des Einzelplans 03** - des Entwurfs, wenn er sich erkundigt, ob sich der Abgang von 206 Stellen mit der Auslagerung der Fluggastkontrolle einerseits und andererseits dem Überwechseln von Beamten in der Ausbildung in den mittleren Dienst erkläre, so daß sich das durch die Auslagerung der Fluggastkontrolle entstehende Minus nicht voll niederschläge.

Die den Stellenplan insgesamt betreffende Kürzung ist, wie **Staatssekretär Riotte (IM)** erläutert, ein Saldo aus dem Zugang von Stellen bei der Polizei - das heiße nicht, Zugang von Personen in gleichem Umfange - und dem Abgang von Stellen des Fluggastkontrolldienstes. Der Zuwachs bei der Polizei betrage 384 Planstellen und z. A.-Stellen für die Übernahme geprüfter Anwärter - es handele sich dabei um den Ausgleich der Arbeitszeitverkürzung von 1983. Demgegenüber seien rd. 500 Stellen für den Fluggastkontrolldienst im Einzelplan 03 nicht mehr veranschlagt.

**Kap. 03 010** - **Ministerium**

**Tit. 427 10** - **Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige**

Die Frage des **Abgeordneten Paus (Detmold) (CDU)**, ob entsprechend auch Einnahmen erzielt würden, beantwortet **Ministerialrat Sander (Innenministerium)** mit Ja.

**Tit. 526 00 - Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten**

**Staatssekretär Riotte (IM)** führt, auf den Wunsch um Auskunft des **Abgeordneten Paus (Detmold) (CDU)** eingehend, aus, es laufe noch ein Gutachtauftrag an Professor Papier zur Feststellung der Aufgabenverteilung zwischen Bundesgrenzschutz und Polizei. Möglich wäre, daß andere Gutachten noch abgerechnet werden müßten.

**Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU)** bittet um eine entsprechende Übersicht für die nächste Sitzung.

**Titelgruppe 79 - Hilfen des Landes für Rechtspflege und Verwaltung der neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland****Tit. 429 79 - Nicht aufteilbare Personalausgaben**

Nach Auskunft **Staatssekretär Riottes (IM)** handelt es sich um Entschädigungen für Seniorexperten.

**Kap. 03 020 - Allgemeine Bewilligungen****Tit. 513 60 - Fernmeldegebühren**

Es entfallen aufgrund der Schaffung eines eigenen Netzes im Bereich des Katastrophenschutzes Leitungsmieten, erläutert **Staatssekretär Riotte (IM)**, Bezug nehmend auf eine Anmerkung des **Abgeordneten Paus (Detmold) (CDU)**.

**Tit. 881 70 - Nutzbarmachung vorhandener Schutzbauwerke sowie Erwerb von Grundvermögen für diesen Zweck**

Die Aufstockung hängt, so **Staatssekretär Riotte (IM)**, eine Äußerung des **Abgeordneten Frechen (SPD)** aufgreifend, mit der Bitte des WDR zusammen, in dem Schutzbauwerk auch ein Studio vorzusehen.

- Kap. 03 110** - **Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen**  
**Tit. 422 10** - **Bezüge der Beamten (und Richter)**

und

**Titelgruppe 60 - Informations- und Kommunikationstechnik**

**Abgeordnete Larisika-Ulmke (F.D.P.)** erkundigt sich, ob und, wenn ja, wie sich die Ergebnisse der inzwischen vorliegenden Gutachten "Funktionsbewertung der Schutzpolizei" und "Technisches Konzept zur Realisierung eines I- und K-Gesamtkonzeptes für die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen" im Etat niedergeschlagen hätten. - Es fehle im übrigen noch die angekündigte Stellungnahme des Ministeriums zur "Funktionsbewertung".

Die Studie zur Funktionsbewertung habe die Kienbaum GmbH einige Wochen nach Verabschiedung des Haushaltsentwurfs durch das Kabinett überreicht, so daß sie im Etat keine Berücksichtigung habe finden können, meint **Staatssekretär Riotte (IM)**. Gegebenenfalls Änderungen einzubringen obliege während des Beratungsverfahrens bekanntlich ausschließlich dem Landtag; eine Absicht der Landesregierung, dem Parlament eine Ergänzungsvorlage zu unterbreiten, bestehe zur Zeit nicht.

Was die Einschätzung des Gutachtens zur Funktionsbewertung betreffe, so halte das Innenministerium es für eine solide Arbeitsgrundlage.

**Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU)** wünscht Auskunft, welchen finanziellen Aufwand eine in der Öffentlichkeit häufig diskutierte Umwandlung der A 9/A 9 Z Stellen des mittleren Dienstes in A 9 und A 10 Stellen des gehobenen Dienstes und eine generelle Anhebung der Eingangsbesoldung von A 7 auf A 8 bedeutete.

Die Mehrkosten je 1 000 von A 9/A 9 Z mittlerer Dienst nach A 9 und A 10 gehobener Dienst umgewandelter Stellen belaufen sich nach den Worten **Staatssekretär Riottes (IM)** auf 2 Millionen DM.

Bezüglich der Anhebung der Eingangsbesoldung bittet **Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU)**, da die Frage im Moment nicht beantwortet werden kann, um eine schriftliche Darstellung (*s. dazu auch Vorlage 11/810*).

Um 10 Millionen DM bzw. 40 % gegenüber dem Vorjahr erhöht worden seien in Umsetzung der sog. Machbarkeitsstudie zur Realisierung eines I- und K-Gesamtkonzeptes - den darin gegebenen Empfehlungen für die Wahl der Technik werde man folgen - die Mittel für Informations- und Kommunikationstechnik, wobei man auf einen ausdrücklichen Nachweis, welche Aufstockung Ausfluß des Gutachtens sei, angesichts der Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen Ersatzbeschaffungen im Rahmen der normalen Kommunikationstechnik und sich auf den ADV-Sektor beziehenden Beschaffungen bewußt verzichtet habe. Zu letzteren zählten eindeutig die auf S. 171 unter "1. Erstbeschaffung" aufgeführten Posten von "ADV-Ausstattung für den Wach- und Wechseldienst" bis "Umsetzung der Kommunikationsanalyse (Projekt X25/X400)", fährt **Staatssekretär Riotte (IM)** fort.

**Abgeordneten Frechen (SPD)** interessiert, für die Ausstattung wie vieler Wachen die in Tit. 812 60 unter "ADV-Ausstattung für den Wach- und Wechseldienst" etatisierten Mittel in Höhe von 3,4 Millionen DM reichten und ob gleichzeitig die notwendige Schulung stattfinde.

**Staatssekretär Riotte (IM)** erwidert, bedacht werden könnten zunächst etwa ein Drittel der oder achtzig Wachen. Die Versorgung sämtlicher Wachen mit entsprechender Hardware solle in spätestens drei Jahren zum Abschluß gelangen. Zusätzliche Stellen für die Schulung ständen nicht bereit; die Polizei müsse sich aus ihrem Personalbestand selber helfen.

**Tit. 717 10** - **Bauliche Erweiterung des Landeskriminalamtes NRW - weitere Vorarbeitskosten**

**Leitender Ministerialrat Grafe (Innenministerium)** erteilt **Abgeordnetem Paus (Detmold) (CDU)** Auskunft, die Baumaßnahmen für das Landeskriminalamt würden einen Gegenstand der Haushaltsberatungen für 1993 bilden.

Für den Bau der Landeskriminalschule werde ein Grundstück in Erbpacht genommen; ein privater Investor werde das Gebäude - voraussichtlich bis Ende 1994 - errichten und das Land es anschließend anmieten oder erwerben.

### **Baumaßnahmen für die Bereitschaftspolizei allgemein**

**Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU)** macht darauf aufmerksam, daß bei konsequenter Umsetzung des Kienbaum-Gutachtens "Funktionsbewertung der Schutzpolizei" die Bereitschaftspolizei in der jetzigen Form nicht mehr benötigt würde, und erwähnt den schlechten Zustand der Einrichtungen für die Bereitschaftspolizei in Stukenbrock.

Sich auf diese Anmerkung beziehend weist **Staatssekretär Riotte (IM)** auf den doch - sollte das Gutachten in allen Teilen umgesetzt werden - längeren Realisierungsprozeß einer Neuorganisation hin.

**Leitender Ministerialrat Grafe (IM)** ergänzt, die Mittel für Baumaßnahmen im Bereich der Polizei hätten eine Steigerung von rd. 20 % erfahren.

In Stukenbrock - Herr Grafe bezeichnet die Unterbringung dort als in der Tat sehr schlecht - werde ein Unterkuftsgebäude jetzt fertiggestellt, mit dem Bau eines weiteren beginne man. Benötigt aber würden mindestens drei.

Diese Baumaßnahmen erwiesen sich auch bei einer Änderung des Konzeptes nicht als verfehlt, da Unterkuftsgebäude auf jeden Fall erforderlich blieben.

Ansonsten erfolgten an den anderen Standorten der Bereitschaftspolizei Sanierungen und Umbauten, um den Standard zu sichern, etwa um Gemeinschaftsunterkünfte in Appartements umzuwandeln. Auch hier gelte, daß solche Unterkünfte für Bereitschaftspolizei, die es immer geben werde, auf jeden Fall vorgehalten werden müßten.

**Abgeordneter Frechen (SPD)** warnt vor Investitionen, die im Endeffekt aufgrund der sich aus dem Kienbaum-Gutachten ergebenden Erkenntnisse so nicht getätigt worden wären. Auch das heutige System der Bereitschaftspolizei halte er - in Absprache mit dem Bund - für veränderbar.

**Tit. 782 00 - Umbau und Erweiterung des Dienstgebäudes für die Kreispolizeibehörde Siegburg - weitere Vorarbeitskosten**

Einen Termin für den Beginn der Arbeiten kann **Leitender Ministerialrat Grafe (IM)** dem **Abgeordneten Paus (Detmold) (CDU)** nicht nennen. Der Finanzminister stehe zur Zeit in Verhandlungen mit dem Eigentümer eines für die Maßnahme benötigten Grundstücks.

**Tit. 813 20 - Erwerb von sonstigen Geräten für die Polizei**

Ebenfalls auf eine Frage des **Abgeordneten Paus (Detmold) (CDU)** eingehend führt **Ministerialrat Sander (IM)** aus, Ansätze für "Gerät für polizeiliche Umweltschutzaufgaben" (s. Erläuterungen) fänden sich seit drei Jahren im Etat. Eine flächendeckende Ausstattung mit Grundmaterialien bis hinunter zu den Kreispolizeibehörden müsse inzwischen geschehen sein. Nunmehr gehe es um Ergänzungsbeschaffungen bzw. Unterhaltungsmittel, veranschlagt in der Hauptgruppe 5.

Hier nicht gemeint sei der Umweltkoffer. Seinen Informationen zufolge bereite im Augenblick die Zusammenstellung dessen Inhalts Probleme. Böte sich die Möglichkeit, den Koffer zu erwerben, könnte darüber im Rahmen der verfügbaren Mittel nachgedacht werden; eine flächendeckende Ausstattung scheidet aber wohl aus.

**Kap. 03 130 - Polizei-Führungsakademie Münster**

**Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU)** erkundigt sich nach den Auswirkungen der Vergrößerung des Trägerkreises und zugleich der Aufgaben für die Polizei-Führungsakademie durch das Hinzukommen der neuen Bundesländer.

**Staatssekretär Riotte (IM)** legt dar, der Einbeziehung der neuen Bundesländer - die für Nordrhein-Westfalen nicht zu einer Änderung seines Beitrages führen werde - diene die augenblickliche Änderung des entsprechenden Abkommens.

Für alle Träger Mehrkosten verursachen würde die Umsetzung der Reformüberlegungen. Insofern existiere eine Art Stillhalteabkommen mit den Länderfinanzministern, die eine Verbesserung der Relation Dozenten : Studierende schon jetzt - auch auf der Grundlage sehr gründlicher Prüfungen der Landesrechnungshöfe - zugelassen hätten. Die Einigung der Kuratoriumsmitglieder gehe angesichts dieser Situation dahin, die Reformansätze 1993 wieder aufzugreifen.

### 3 Neuorganisation der Kreispolizeibehörden

Vorlage 11/563

Einleitend erläutert **Staatssekretär Riotte (IM)**, aufgrund des - dem Ausschuß dargelegten - Berichts der Arbeitsgruppe "Neuorganisation der Kreispolizeibehörden" (Vorlage 11/563) habe der Innenminister ein Organisationsmodell entwickelt und den Gewerkschaften und Verbänden vorgestellt. Diese Vorträge hätten mit Rücksicht auf das Informationsbedürfnis des Ausschusses nicht anhand übersandter Papiere stattgefunden, so daß die inzwischen publik gewordenen Modelle nicht auf Vorlagen des Innenministeriums beruhten.

Anschließend stellt **Landeskriminaldirektor Seidel (Innenministerium)** das Konzept unter Verwendung der der Vorlage 11/785 zu entnehmenden Schaubilder dar.

Nach Ansicht des **Abgeordneten Frechen (SPD)** haben sich gegenüber dem Arbeitsgruppenbericht durch Berücksichtigung von Anregungen und Kritik nunmehr Veränderungen gezeigt. So habe seinerzeit grundsätzlich Einigkeit hinsichtlich der Notwendigkeit einer Begründung von Querschnittsaufgaben und des Verzichts auf die Spartenentrennung bestanden.

Schwierigkeiten jedoch hätten sich in den Fragen "Führungsspannen", "Einsatz der I- und K-Techniken" und "Gewährleistung des Informationsflusses im K-Bereich" herauskristallisiert. Den diesbezüglichen Bedenken sei durch die Modifizierungen - durch klare Formulierungen, präzise Definitionen - Rechnung getragen worden, auch was den Organisationsablauf betreffe, in bezug auf welchen der Innenminister zugesagt habe, ihn in einer Geschäftsanweisung näher zu beschreiben.